

**Doran, Michael Scott: The Saudi Paradox**, in „Foreign Affairs“  
January/February 2004, pp. 35.

Die politische Fehleinschätzung Saudi-Arabiens hat in den Augen des in Princeton lehrenden Autors für Nahoststudien eine lange Tradition, der selbst Terrorakte auf amerikanische Staatsbürger im wahhabitischen Königreich nichts anhaben konnten. Denn weder habe Washington die Fragmentierung der Monarchie aufgrund persönlicher sowie politischer und religiöser Rivalitäten im Könighaus ernst genommen, noch habe die US-Administration auf die schweren Krisensymptome (exorbitantes Bevölkerungswachstum, Niedergang des Wohlfahrtsstaates, innenpolitische Repressionen, regionale und sektiererische Gefühlslagen) geachtet. Kabelfernsehen, das Internet und sexuelle Permissivität in den herrschenden Kreisen höhlen den Staat von innen aus und provozieren seitens ihrer Gegner den Vorwurf der Gotteslästerung. Hinzu kommt seit 1995 die Frage der Thronfolge, die das gesamte System bedroht. Nicht der reformerische Kronprinz Abdullah, sondern sein Halbbruder, Innenminister und Sicherheitschef Prinz Nayef, ist der starke Mann. Letzterer sei auch für die Ausstattung der palästinensischen Dihadisten mit finanziellen Mitteln verantwortlich und habe öffentlich der Vermutung eines israelischen Komplotts hinter dem 11. September gegeben: Die Terroranschläge hätten den Muslimen so viele Gegner eingetragen, dass sie von den Feinden des Islam inszeniert sein müssten.

Insofern, so Doran, stellt die Behauptung, wonach der Antiamerikanismus im Nahen Osten der Ausfluss der Politik Washingtons sei, nur eine Teilwahrheit dar. Die andere Seite bildeten, was Saudi-Arabien angehe, ideologisch-politische, kulturelle und ökonomische Eigenprodukte, die von der Administration in ihrer Schärfe endlich wahrgenommen werden müssten. Doch die Bombenattentate im Mai 2003, die selbst Nayef zu Konsequenzen gegen militante Islamisten zwangen, und die unzweifelhaften Aktivitäten von el-Qaeda-Anhängern haben in Washington der Auffassung neuen Auftrieb gegeben, dass Saudi-Arabien ein guter Verbündeter sei. Doch blieben die amerikanischen die Handlungsmöglichkeiten gegen die Stimmen aus dem klerikalen Establishment des Landes, die im Irak eine amerikanisch-schiitische Konspiration vermuten, sehr gering. Die Herrschenden zur Distanzierung vom Wahhabismus aufzufordern, komme der vermiedenen Aufgabe gleich,

der einstigen Sowjetunion den Kommunismus austreiben zu wollen. Den Amerikanern bleibe nur die Chance, innerhalb des Systems auf demokratische Reformen zu dringen.

*Reiner Bernstein*